



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Deutsche Geschichte

Class, Heinrich

Leipzig [u.a.], 1921

Die letzten Regierungsjahre Wilhelms I.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-83815](#)

deutschen Volkes, seines Geistes, seiner Weltanschauung, seiner Begriffe von Recht, Unrecht, Ehre und Tugend hinwies. Sie stellte sich auf den Rassenstandpunkt, d. h. sie zeigte, daß die Juden — ohne ihre Schuld — als Glieder der semitischen Rasse andere Anschauungen haben, als die arisch-germanischen Deutschen; daß diese anderen Anschauungen über die wichtigsten sittlichen Begriffe ihnen im Daseinskampfe den Deutschen gegenüber Vorteile gewähren und daß der Deutsche, wenn er nicht unterliegen will, Gefahr läuft, jüdisches Verfahren anzuwenden — sittlich-geistig zu verjuden.

Ist diese Gefahr — so sagten die Führer jener Bewegung — auf geschäftlich-wirtschaftlichem Gebiete sehr schlimm und kann sie dazu führen, unser ganzes wirtschaftliche Leben zu untergraben, so ist der Einfluß der Juden auf sittlich-geistigem Gebiete, wo der innere Wert des Deutschtums auf dem Spiele steht, noch viel verderblicher.

Die Juden hatten den größten Teil der liberalen Presse und die sozialistische ganz in ihrer Hand, jedenfalls in ihrer Botmäßigkeit; viele Theaterleitungen waren ihnen untertan; in der Politik drängten sie sich vor und hatten besonders verstanden, sich in den Gemeindeverwaltungen Macht zu verschaffen. So übten sie auf das öffentliche Leben eine Vorherrschaft aus, die unerträglich war: jeder Angriff gegen das Judentum wurde unterdrückt — an die Öffentlichkeit brachten diese Presse, diese Theater nur, was ihnen behagte. Der zerstörende Geist des Judentums konnte sich durch zahllose Zeitungen und durch die Bühne, in Büchern und öffentlichen Versammlungen ausbreiten, und er übertrug seine schlechten Früchte auf unser Volk.

Die Sozialdemokratie wäre ganz gewiß ohne ihre jüdischen Führer, ohne ihre Zusammenhänge mit dem Judentum und seinen Geldmitteln nie so schnell groß geworden. Die Verwirrung der Begriffe von Recht und Unrecht, Ehrbarkeit und Betrug, wie sie in der Gründerzeit hervorgetreten waren, wäre nie so traurig und entwürdigend geworden, wenn das Gift des jüdischen Geistes nicht schon gewirkt gehabt hätte.

Es ist ein Verdienst, das die Berliner Bewegung sich unter der Führung des hofpredigers Stöcker erworben hat, daß sie auf die sittlichen Gefahren des Judentums zuerst hingewiesen hat, und es ist eine Ruhmestat erwachsener deutscher Gewissen, daß Männer wie Paul de Lagarde und Heinrich von Treitschke mit dem ganzen Gewicht ihrer reinen Persönlichkeiten gegen das Judentum aufraten.

Die judengegnerische Bewegung kam politisch dadurch zum Ausdruck, daß einige antisemitische Abgeordnete in den Reichstag gewählt wurden.

Die letzten Regierungsjahre Wilhelms I.

Drei Feinde gefährlichster Art waren dem jungen deutschen Reiche gleichzeitig erstanden, alle drei internationaler Art: der Ultramonta-

nismus, die Sozialdemokratie und das Judentum — denn auch es war international, da die Masse der Juden nicht daran dachte, wirklich im deutschen Volke aufzugehen, sondern die Zusammenhänge über die Grenzen der Staaten hinaus aufrecht erhielt und sich als das bewußt fühlte und betrug, was sie wirklich sind: ein besonderes Volk, eine eigene Rasse.

Solche Gegner mußten die Entwicklung des Reiches in nationaler Richtung nachhaltig hemmen. Die ganze Kraft des Fürsten Bismarck, soweit sie nicht von der auswärtigen Politik in Anspruch genommen war, wurde im Kampfe mit dem Zentrum und der Sozialdemokratie verbraucht, und dann, als die wirtschaftliche Notlage eine Änderung der deutschen Wirtschaftspolitik verlangte, im Kampfe um die Schutzzölle.

Es ist begreiflich, daß der große Schöpfer des Reiches, der zuerst an die äußere Sicherstellung seines Werkes dachte, nicht dazu kam, die sittlichen Gefahren zu bekämpfen — er hat sie vielleicht, ganz in Anspruch genommen von jenen Aufgaben, nicht bemerkt oder in seinem deutschen Selbstbewußtsein unterschätzt.

Es gibt den Maßstab für die unerschöpfliche Kraft seiner Staatskunst, daß er trotz aller Hemmungen das Reich politisch vorwärts brachte, ja einen fühenen Schritt, zögernd allerdings und anfangs fast halb widerwillig, auf neuer Bahn tun konnte: die Einleitung und Begründung einer deutschen überseeischen Kolonialpolitik. Ende der siebziger Jahre hatte er vergebens den Reichstag zu bewegen versucht, Geldmittel für koloniale Zwecke zu bewilligen. Als aber der unternehmende Bremer Großkaufmann Lüderitz sich an der Südwestküste Afrikas Land erworben hatte, da stellte der Reichskanzler dessen Niederlassung Angra Pequena unter den Schutz des Reiches (24. April 1884). Noch im selben Jahre ergriff der Afrikaforscher Nachtigal im Auftrag des Reiches Besitz von Togo und Kamerun, während Karl Peters in Mittel-Ostafrika weite Gebiete an der Küste und „Interessensphären“ nach dem Innern erwarb; etwas später wurden in der Südsee der Nordosten von Neu-Guinea, die Marshall- und die Bismarck-Inseln besetzt.

Damit war das Reich Kolonialmacht geworden, aus Europa herausgewachsen und vor neue Aufgaben gestellt. Die erste Prüfung brachte ein schwerer Araberaufstand in Ostafrika, den Hermann von Wißmann in glänzendem Feldzug niederwarf (1889—1890).

Das deutsche Volk, das im Mittelalter Großes in der Besiedlung des Osts vollbracht hatte, das Millionen seiner Kinder als Auswanderer für die Besiedlung fremdvölkischer Neuländer hergegeben hatte, möchte nun beweisen, ob es noch die Kraft besitze, für sich Neuland zu erschließen; soweit das Reich dabei in Betracht kam, tat Bismarck den notwendigen Schritt, daß er alle Besitzungen, die zunächst unter dem Schutze des Reiches von einzelnen oder von Handelsgesellschaften erworben worden waren,

gegen Abfindung der Berechtigten in den Besitz des Reiches brachte und seiner Verwaltung unterstellt.

Geschah hier ein Schritt, der neuen Erwerb brachte, so war das Reich mit seinen Maßnahmen in Elsaß-Lothringen nicht erfolgreich.

* * *

Mit Eifer war der Statthalter Feldmarschall von Manteuffel im Reichsland an seine Arbeit gegangen — leider weder mit Glück noch mit Geschick, so daß alle Mühe der altdutschen Beamten um die innere Wiedergewinnung des Landes und seiner Bewohner verloren war; er hatte sich vorgenommen, die Bewohner um jeden Preis zu „versöhnen“ — als ob nicht hätte verlangt werden müssen, daß sie sich in die neue Ordnung fügten.

In diesem Streben entwürdigte er sich und seine Stellung vielfach; er selbst sprach mit Vorliebe französisch; in seinem Hause wurde mit Elsaß-Lothringern nur, selbst mit Altdeutschen überwiegend französisch verkehrt. Ein folgenschwerer Fehler: denn in dem ferndeutschen Elsaß hatte bis jetzt nur eine dünne Schicht sich zur französischen Sprache bekannt, die nun vom Statthalter, dem Vertreter des Kaisers begünstigt, schnelle Fortschritte machte; war doch ihr höherer Wert, ihre Überlegenheit durch das Verhalten des Statthalters anerkannt worden!

Daneben schmeichelte Manteuffel in verwerflicher Weise der deutschfeindlichen katholischen Geistlichkeit und erlebte manche peinliche Zurückweisung; gleich unpolitisch kam er den sog. „Notabeln“ entgegen und verlor diesem gleichfalls welschgesinnten Kreise durch seine Nachgiebigkeit erhöhte Bedeutung.

Die Politik der Versöhnung war in Wahrheit eine solche der Schwäche und erreichte das Gegenteil des Gewollten: das Reichsland wurde nicht innerlich gewonnen, — die Bevölkerung wurde immer feindlicher, und die Reichstagswahlen ergaben überwältigende Mehrheiten für die „Protestler“, d. h. die dem Reiche ablehnend Gegenüberstehenden. So scheiterte Manteuffel läufig mit seiner Politik.

Ein Unglück für die weitere Entwicklung, daß Bismarck den Dingen in Elsaß-Lothringen zu ferne stand, auch anderweitig viel zu sehr in Anspruch genommen war, als daß er hätte eingreifen können; so vollzog sich Manteuffels unselige Wirksamkeit ungehemmt, und sie hat ihre letzten schlimmen Folgen im großen Kriege gezeigt.

* * *

Hier ist auch die Stelle, der „Welfenfrage“ zu gedenken. In Kurhessen und Nassau hatten die infolge des Prager Friedens entthroneten Herrscherhäuser sich in ihr Schicksal ergeben, und die Bevölkerungen fanden

sich um so schneller in den neuen Zustand, als ihnen der Anschluß an ein großes Staatswesen mannsfache Vorteile brachte; ähnlich ging es mit dem einverleibten Schleswig-Holstein, wo nur die Dänen der Grenzbezirke in Feindschaft gegen Preußen verharnten.

In Hannover dagegen erstand eine Partei, die in der Entthronung des welfischen Königshauses und der Einverleibung des Landes in Preußen ein sittliches und politisches Unrecht erblickte und in allem Ernst die Wiederherstellung des alten Zustandes verlangte; dieselbe Forderung stellte König Georg und nach seinem Tode sein Sohn, der Herzog von Cumberland; sie verwiesen den Prager Frieden und erkannten die Einverleibung Hannovers nicht an. Beide, das Haus der Welfen, wie die Welfenpartei dachten und denken nicht daran, daß der Krieg Recht schafft zwischen Staaten und daß Hannover durch die Tatssache der Eroberung an Hohenzollern und Preußen gefallen ist.

Angesichts dieser klaren Rechts- und Sachlage ist es schwer verständlich, daß eine solche Sache überhaupt Anhänger fand — noch schwerer aber, daß sie solche noch fast ein halbes Jahrhundert nach dem Prager Frieden hatte.

Bismarck hatte zunächst dem Welfenhause das in Hannover verbliebene Vermögen im Werte von 48 Millionen Mark überlassen; als König Georg in seiner staatsfeindlichen Haltung beharrte, wurde dies Vermögen beschlagnahmt, und seine Zinsen wurden „zur Bekämpfung welfischer Umtriebe“ verwendet (Welfenfonds).

Eine besondere Bedeutung erhielt die Welfenfrage durch den 1884 erfolgten Tod des Herzogs Wilhelm von Braunschweig, des letzten Welfen in diesem Lande, auf das die hannöverschen Welfen nach Erbrecht Anspruch hatten. Da sie aber den Prager Frieden noch immer nicht anerkannt hatten, ist es klar, daß Preußen das feindliche Geschlecht nicht zum Throne zulassen konnte; diese Auffassung wurde durch einstimmigen Beschuß des Bundesrats anerkannt, und der braunschweigische Landtag wählte in der Person des Prinzen Albrecht von Preußen einen Regenten.

* * *

Als Lenker der preußischen Politik leitete Bismarck im Anfang der achtziger Jahre ein Unternehmen ein, das von grösster Bedeutung wurde: die Verstaatlichung des wichtigsten Verkehrsmittels, der Eisenbahnen.

Seine von dem immer bewährten staatsmännischen Weitblick zeugende Absicht ging dahin, das Reich für sein Geldbedürfnis dadurch dauernd zu sichern, daß ihm die Hoheit und Verwaltung über alle im Reichsgebiet vorhandenen Eisenbahnen gegen Abfindung der bisherigen Eigentümer übertragen werden sollte; die aller Voraussicht nach stetig wachsenden Einnahmen dieser „Reichseisenbahnen“ sollten dann das Rüdgrat der

Geldwirtschaft des Reiches abgeben. Leider scheiterte dieser große Plan an dem kurz-sichtigen Widerspruch der Einzelstaaten, die darin eine Beeinträchtigung ihrer Hoheitsrechte erblickten; aus Rücksicht auf sie ließ Bismarck seine Absicht fallen, da er jeden Anschein von Zwang vermeiden wollte, und beschränkte sich darauf, in Preußen durch den tatkräftigen und sachkundigen Minister Maybach die Verstaatlichung durchzuführen zu lassen — zum bleibenden Segen für die preußische Staatswirtschaft.

* * *

Wir haben gesehen, das Schicksal machte es dem jungen Reiche nicht leicht und legte ihm schwere Hemmungen in den Weg: da war es eine besondere Kunst, daß neben dem gewaltigen Staatsmann nicht nur der große Schlachtenmeister Moltke seinem Volke erhalten blieb, sondern daß der zur Verkörperung der Volkseinheit gewordene Kaiser höchstes Alter erreichte und bis zu seinem Lebensende unermüdlich für die Festigung des gemeinsamen Werkes wirken konnte. Sein Dasein allein war eine Macht: der mit weltgeschichtlichen Erfolgen begnadete Greis gehörte allen deutschen Stämmen und wurde so recht der Gegenstand gesamt-deutscher Liebe und Verehrung. Stets sachlich, stets der Sache dienend und sich unterordnend, prunklos und schlicht, bescheiden und fromm, blieb er von so unerhörtem Ruhme unversucht; ein echter Herrscher, wie Bismarck mit liebevoller Bewunderung sagte: „jeder Zoll ein König“ — ein König im Sinne des alten Fritz: der erste Diener seines Staates.

Mochten seine Ansichten von denen seines großen Beraters abweichen, stets gab er besseren Gründen nach, nie pochte er auf Königs-Willen oder -Weisheit. So erlebte das Volk die reine Freude, den edlen Fürsten in engster Freundschaft, in neidlosem Zusammenwirken mit Bismarck und Moltke bis ans Ende seiner Tage zu sehen — und alle, die ihr Herz nicht verhärtet hatten gegen die Hoheit solcher Erscheinung, erhoben ihre Seelen und konnten den Gedanken nicht fassen, daß solch ein Leben einmal enden müsse.

Und diesem edelsten Manne blieb im höchsten Alter tiefster Schmerz nicht erspart: die schwere Krankheit seines Sohnes, des Kronprinzen Friedrich Wilhelm.

Am 9. März 1888 entschlief Wilhelm der Siegreiche, fast 91 Jahre alt — betrauert von allen Guten im Volke, von keinem aber mehr, als von dem Manne, der ihn am besten gekannt, der sein Wesen am tiefsten erfaßt hatte: Otto von Bismarck.

Wilhelm II.

Todfrank kehrte Kaiser Friedrich III. aus dem Süden in die Heimat zurück, um sein hohes Amt zu übernehmen. Ein schmerzvoller